



**28. ordentliche Mitgliederversammlung vom 27. April 2013**  
**28e Assemblée générale du 27 avril 2013**  
**28ª Assemblea ordinaria dei membri del 27 aprile 2013**

Sperrfrist/Embargo: Samstag/samedi/sabato, 27.04.2013, 12.00 Uhr/heures/ore  
Es gilt das gesprochene Wort/C'est le texte oral qui fait foi/Fa testo il discorso orale

[www.auns.ch](http://www.auns.ch) / [www.asin.ch](http://www.asin.ch) / [www.asni.ch](http://www.asni.ch)

---

## **Politische Standortbestimmung**

### **Die Beitrittsbeschleuniger Bilaterale I und II müssen weg!**

**Nationalrat Dr. Pirmin Schwander**

Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz  
(AUNS)

---

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe AUNS-Mitglieder, Sympathisanten und Gönner

liebe Gäste, sehr geehrte Damen und Herren

Sie alle werden sich noch daran erinnern: Mitte März 2010 schürten das Schweizer Fernsehen und die sogenannten linksliberalen Printmedien einen Sturm der Entrüstung gegen Armeechef André Blattmann. Der Grund: Der Drei-Sterne-General hatte den Mitgliedern der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats zur Verdeutlichung der Bedrohungslage der Schweiz eine europäische Gefahrenkarte gezeigt. Sie stellte dar, von wo die grössten Sicherheitsrisiken ausgehen könnten, nämlich von Griechenland, Portugal, Spanien (gerade gestern wieder gewaltsame Ausschreitungen, Arbeitslosigkeit über 27 %, das heisst über 6 Mio. Menschen ohne Arbeit!), Italien und anderen Krisenherden aus. Heute weiss man: In einer Hinsicht war die Karte tatsächlich falsch. Zypern fehlte.

Zu allen andern Stichworten von Korpskommandant Blattmann aber kennen wir inzwischen die Tatsachen. Die EU kämpft gegen den Euro-Währungszerfall, gegen die schlimmste Wirtschaftskrise ihrer Geschichte mit hoher Arbeitslosigkeit, sozialen Unruhen und Gewalt Demonstrationen. Wer kann, entflieht dem südeuropäischen Massenelend und wandert nordwärts – am liebsten natürlich in die Schweiz. Das belegen unsere Migrationszahlen. Und vergessen wir nicht, schon lange nicht mehr herrschte in Europa so viel Elend wie heute.

Und wie kommentierten hiesige Meinungsmacher Blattmanns damalige Analyse? Sie wiesen ihn zurecht, solche Aussagen seien (ich zitiere) „ausserpolitisch heikel in einer Zeit, da die Schweiz verschiedentlich unter Druck steht“. Wir sind uns doch einig, dass es zum Auftrag der Armee gehört, sich mit den Folgen der Finanzkrise und der Schuldenwirtschaft in Ländern wie Griechenland zu befassen. Die Armee muss für mögliche künftige Entwicklungen gewappnet sein – auch gegen Kavallerieexpeditionen aus dem Norden. Wer weiss ... die

Geschichte lehrt uns, dass unheilvolle Entwicklungen immer mit verbalen Einheizungsparolen begonnen haben.

Warum wärme ich hier diese für alle schlecht informierten Kritiker unseres Armeechefs so peinliche Geschichte auf?

Der Fall ist ein Lehrstück dafür, wie brandgefährlich es sein kann, in einer direkten Demokratie aussenpolitische Beurteilungen unbedarften Effekthaschern zu überlassen. Mehr noch: Dieser Fall zeigt, dass die Schweiz ein aussenpolitisches Kompetenzzentrum braucht, um sich immer wieder auf die Grundlagen und Werte der Eidgenossenschaft für den Umgang mit andern Völkern zu besinnen. Es geht gemäss Verfassung darum, (ich zitiere) „die Rechte des Volkes und die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes zu schützen und zu wahren“ (Ende des Zitats).

Dank den rund 30'000 Mitgliedern sowie 10'000 Sympathisanten der AUNS verfügt die Schweiz erfreulicherweise über die grösste überparteiliche Bewegung, die seit 1986 für die Unabhängigkeit und Neutralität des Landes einsteht.

Dass dann am 6. Dezember 1992 bei 78 Prozent Stimmbeteiligung eine Mehrheit des Souveräns gegen den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) stimmte und sich für einen eigenständigen, nicht von Brüssel diktierten bilateralen Weg der Zusammenarbeit mit der EU entschied, ist nicht zuletzt dem entschlossenen Auftritt der AUNS zu verdanken.

**Hat die AUNS damit ihre wichtigsten Ziele erreicht? Ist die AUNS überflüssig geworden?**

Dass letztes Jahr mehr als 600 Neumitglieder zur AUNS stiessen, darf als erste Antwort auf solche Fragen gelten. Aber es gibt noch viele wichtigere:

Ich erinnere Sie an das Versprechen unseres Aussenministers Didier Burkhalter, bei der Aussenpolitik immer folgenden Massstab zu verwenden (ich zitiere): „**Wenn es nicht im Interesse der Schweiz ist, dann wird es auch nicht gemacht.**“

Sinn gemäss Gleiches verkündete kürzlich Yves Rossier, Staatssekretär im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), am Fernsehen (ich zitiere): „**Wir machen nur, was gut ist für die Schweiz.**“

**Das Problem solcher Ankündigungen ist: Wer entscheidet denn, was im Interesse der Schweiz liegt und was gut für das Land ist?**

Wir von der AUNS haben wiederholt versprochen, dem von Angst geleiteten Bundesrat den Rücken zu stärken, wenn es um die schweizerische Interessenwahrung im Sinn und Geist des Verfassungsauftrags geht. Das sind keine leeren Worte. Denn so verlangen es die Zweckartikel unserer Statuten:

1. „Überwachung der Aussenpolitik des Bundes sowie Orientierung der Mitglieder und des Volkes über die Probleme und die Problematik der schweizerischen Aussenpolitik.“
2. „Einsatz zur Wahrung der Unabhängigkeit, der Neutralität und der Sicherheit der Schweizerischen Eidgenossenschaft.“
3. „Kampf für eine Aussenpolitik des Bundes, welche die integrale und traditionelle Neutralität respektiert und damit die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes gewährleistet.“
4. „Kampf für die direkte Demokratie der Schweizerischen Eidgenossenschaft durch Stärkung der politischen Freiheitsrechte des Volkes.“

Mit diesem Anforderungsprofil und Auftrag ist die AUNS mehr denn je legitimiert, als glaubwürdiges und sachkundiges Kompetenzzentrum die aussenpolitische Willensbildung des Souveräns dauernd zu begleiten. Ein Blick auf den aktuellen Themenkatalog zeigt, dass dies bitter nötig ist und bleibt:

- Die für die EU existenzgefährdende Euro-Krise stellt auch die Schweiz eher früher als später vor die Frage: **Wann und wo endet der bilaterale Weg?** Wir werden nicht darum herum kommen, das heutige Vertragsgeflecht und die EU-Forderungen nach institutioneller Weiterentwicklung sorgfältig zu analysieren. **Zu dieser Analyse gehört auch die Forderung nach der Kündigung der Bilateralen I und II**, um nicht durch die Hintertür zu einer faktischen EU-Mitgliedschaft ohne Mitsprache unter der Fuchtel der EU-Rechtssprechung gezwungen zu werden. Meine Damen und Herren, **es ist der AUNS ernst mit der Kündigung der Bilateralen I und II!** Ich komme später noch darauf zurück.
- Wir stehen heute vor der Tatsache, dass die Bevölkerung die katastrophalen Erfahrungen mit der Personenfreizügigkeit sowie den Schengen- und Dublin-Abkommen immer weniger zu ertragen bereit ist. **Dies, weil die ganze Volkswirtschaft, die Sozialversicherungen sowie der Arbeits- und Wohnungsmarkt und die öffentliche Sicherheit unter den „Nebenwirkungen“ leiden.** Die am Mittwoch beschlossene Ventilklausel kommt erstens zu spät und zweitens ist sie ein untaugliches Mittel, die Zuwanderung wirksam zu steuern. Die Absicht des Bundesrates ist rasch erkennbar: Das Schweizer Stimmvolk soll beruhigt werden! **Tief sitzt die Angst der EU-Turbos in Bern, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden nein zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien, nein zu neuen bilateralen Verträgen und ja zur Ecopop-Initiative und ja zur SVP-Massenzuwanderungs-Initiative sagen.** Warum diese Angst? Führen wir uns immer vor die Augen, dass die EWR-Verlierer, sagen wir besser die EU-Befürworter die bilateralen Verhandlungen konzipiert und geführt haben. Ihr Ziel war und bleibt, die Schweiz über den bilateralen Weg in die EU zu führen.
- **Kronzeuge für diese Hintertür-Taktik** ist die ehemalige Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, die am 24. April 2003 erklärte: (ich zitiere) „Indem wir die bilateralen Beziehungen zur Europäischen Union und allen jetzigen und künftigen Mitgliedstaaten intensivieren, können wir den Boden für den EU-Beitritt vorbereiten.“
- An dieser Strategie hat sich im Bundesrat nichts geändert. Und wir müssen heute zugeben, dass es uns nicht gelungen ist, Einfluss auf den bilateralen Weg zu nehmen. Wir sind ins Hintertreffen geraten. Wichtige Pfeiler der EU haben wir bereits übernommen, das heisst wir sind de facto bereits EU-Mitglied:
  - Übernahme der Personenfreizügigkeit
  - Aufhebung der Grenzkontrollen
  - Preisgabe der Asyl- und Visumpolitik
  - Verfassungswidrige Preisgabe der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürgern – sprich systematische Auflösung des Bankkundengeheimnisses
  - Regulierung des einst flexiblen Arbeitsmarktes (flankierende Massnahmen)
  - Übernahme der EU-Bildungspolitik im Hochschulbereich
  - Anbindung des Schweizer Frankens an den Euro
  - Tägliche Anpassung unseres Landesrechts an das EU-Recht
  - Zunehmende Unterordnung des Bundesgerichtes unter EU-Recht.

Wir werden genau prüfen müssen, welche „Trojaner“ mit den geplanten „Energie- und Dienstleistungsabkommen“ auf uns zukommen. **Unsere Forderung lautet: Bilateraler Weg zur Interessenwahrung der Schweiz ja – nein zu bilateralen Täuschungsmanövern mit Ziel EU-Integration!**

Meine Damen und Herren, was bleibt noch übrig? Im Wesentlichen die direkte Demokratie und die Neutralität.

- Die direkte Demokratie ist der nächste Schritt. Dank der falschen und vorsätzlich schlecht ausgehandelten Bilateralen I und II will die EU uns zwingen, EU-Recht über Landesrecht zu stellen und EU-Richter walten zu lassen. Erste Schritte sind eingeleitet. Auf den Unterschriftenbogen von eidgenössischen Volksinitiativen soll ein Warnhinweis „Achtung, diese Volksinitiative verstösst gegen internationales Recht“ aufgeführt werden. Das mag harmlos tönen, ist aber der erste Schritt zur Preisgabe der Volksrechte. Dazu schreibt der Bundesrat in der Broschüre „Legislaturplanung 2011-2015: (ich zitiere) „Auf dem Unterschriftenbogen könnte zudem ein kurzer Vermerk zur rechtlichen Stellungnahme angebracht werden. So könnten auch die Stimmberechtigten, die eine Initiative unterschreiben möchten, frühzeitig informiert werden, ob ihr Anliegen mit den grundrechtlichen Kerngehalten und dem Völkerrecht in Einklang steht oder nicht. Das würde die Volksrechte stärken.“ Merken Sie etwas? Volksrechte stärken, indem man sie fremden Richtern unterstellt? Da frage ich mich, für wie einfach gestrickt hält uns der Bundesrat?

Bundesrat Didier Burkhalter hat am Europa-Forum in Luzern am 22. April 13 gesagt: (ich zitiere) „Die Renovierung des bilateralen Wegs hat einen institutionellen Preis“. Zuerst fragt man sich, was da renoviert werden soll. Aus unserer Sicht müssen die Bilateralen I und II, insbesondere die Personenfreizügigkeit und Schengen/Dublin in Frage gestellt werden, oder eben renoviert werden, indem sie nachverhandelt werden. Und wenn das nicht möglich sein wird, dann müssen diese Verträge gekündigt werden. Das Kosten/Nutzen-Verhältnis der Bilateralen I und II stimmt längstens nicht mehr. Sie sind regelrechte Beitrittsbeschleuniger, insbesondere die Personenfreizügigkeit und Schengen. Der Bundesrat versteht natürlich unter Renovierung des bilateralen Weges etwas anderes. Ganz im Sinn der soeben zitierten ehemaligen Bundesrätin Micheline Calmy-Rey will er dank einer Renovation die Beziehungen zur EU „stärken“ – mit dem Ziel EU-Mitgliedschaft. Die zweite Aussage von Bundesrat Burkhalter, (ich zitiere) „der bilaterale Weg hat einen institutionellen Preis“, bedeutet nichts anderes, als Preisgabe der direkten Demokratie und die Unterwerfung unter fremde Richter. **Die „Anpassung unserer direkten Demokratie“ an die EU-kratie ist aufgegleist.**

- Bleibt noch die Neutralität. Sie ist mit einer EU-Mitgliedschaft nicht vereinbar. Wer das Gegenteil behauptet, lügt. Hier kommt den Internationalisten in Bundesbern die GSoA, die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee, zur Hilfe. Wir werden diesen Herbst über die Abschaffung der Wehrpflicht abstimmen. Meine Damen und Herren, wenn die Wehrpflicht fällt, sinkt die Bereitschaft der Armee und die verfassungsmässigen Aufträge der Armee können mit einer freiwilligen Alibi-Armee nicht mehr erfüllt werden. Bereits hört man aus den Armeeplaner-Stuben, die Neutralität und ein Bündnis-Beitritt müssen diskutiert werden. Was eine Freiwilligen-Armee im Gegensatz zur Milizarmee besser machen kann, ist in den Auslandseinsatz ziehen. Und vergessen wir nicht, dass Aussenminister Didier Burkhalter am letztjährigen Nato-Gipfel in Chicago der kriegsführenden Nato die Solidarität der Schweiz versprochen hat. **Sie sehen, auch die Preisgabe der Neutralität ist aufgegleist.**
- Wir haben uns der Frage zu stellen, wie der künftige Finanzplatz Schweiz gestaltet sein soll: So, wie es den steuergeldgierigen Funktionären der EU gefällt, die den hemmungslosen Raubzug der Schuldenstaaten auf ihre Steuerzahler organisieren - oder so, dass Sparer dank schweizerischer Sorgfalt im Umgang mit Kundeninteressen auch künftig noch ruhig schlafen? Unsere Antwort lautet: Das Bankkundengeheimnis ist kein Spielelement im Verhandlungspoker mit der EU. Denn der Finanzplatz erwirtschaftet mehr als zehn Prozent des Bruttoinlandprodukts und bietet rund 210'000 Beschäftigten Arbeit und Einkommen. Mitbeteiligt ist selbstverständlich auch der Fiskus mit rund sechs Milliarden Franken Steuern pro Jahr.

- Wenn angeblich zwischen der Schweiz und der EU plötzlich „perfekte Harmonie“ herrschen soll, wie die „NZZ“ nach einem Treffen des EDA-Staatssekretärs Yves Rossier mit David O’Sullivan, dem Exekutivdirektor im Europäischen Auswärtigen Dienst der EU, jüngst verkündete, dann ist höchste Vorsicht geboten. Denn die hohen Ansprüche der direkten Demokratie nach Schweizer Art sind trotz diplomatischer Verrenkungen und Kunstgriffe absolut unvereinbar mit der EU-Konzeption. 27 Mitgliedstaaten können das Nichtmitglied Schweiz auch mit der verharmlosenden Regelung „institutioneller Fragen“ nicht unter das Joch zwingen. Dagegen wird sich die AUNS im Landesinteresse gemäss Bundesverfassung ganz entschieden wehren!
- Gelegenheiten zu klaren Positionsbezügen bieten sich schon bald. Ich denke an die EU-Erweiterung mit Kroatien. Das Referendum muss auch von der AUNS ernsthaft in Erwägung gezogen werden. Und die AUNS wird die SVP-Volksinitiative gegen die Masseneinwanderung und die Ecopop-Initiative für einen faktisch totalen Zuwanderungsstopp im Abstimmungskampf unterstützen.

#### **Fazit:**

Die AUNS muss die grossen Linien im Auge behalten. Wir können nicht jedes tagespolitische Geschäft zum Thema machen. Wir haben uns auf die gefährlichste Bedrohung auszurichten: Auf den EU-Beitritt, welcher etappenweise, aber zügig vorangetrieben wird. Auf dem Spiel stehen die Eigenständigkeit, die Selbstbestimmung, die Wettbewerbsfähigkeit, der Föderalismus und die Neutralität. Wir haben jedes Referendum und jede Möglichkeit einer Initiative mit Blick auf diese Bedrohung zu prüfen.

Das künftige Verhältnis der Schweiz zur angeschlagenen EU kommt bis zu den nächsten Nationalratswahlen von 2015 mehrfach auf den Prüfstand. Die AUNS ist bereit und organisatorisch auch gerüstet, sich diesen Herausforderungen zu stellen. Die AUNS wird ihre Verantwortung als aussenpolitisches Kompetenzzentrum des Souveräns ernst nehmen. Sie wird Tag für Tag aufmerksam beobachten, wie in Bern und Brüssel die Karten gemischt werden. Die AUNS wird auch weiterhin die Aussenpolitik nicht den Funktionären überlassen, weder den eigenen schweizerischen noch gar ausländischen und deren Dienstherren.

Die AUNS wird nicht tatenlos zusehen, wie die Schweiz per Rahmenabkommen in ein supranationales Korsett gezwängt wird, ohne dass Volk und Stände dazu das letzte Wort haben! Die Vorstellung, man könnte die Schweiz gewissermassen an der Stimmbürgerschaft vorbei in die EU schmuggeln, weil der Souverän einer Vollmitgliedschaft nie und nimmer zustimmen würde, ist ebenso verwegen wie hanebüchen: Das werden wir mit Ihrer Unterstützung zu verhindern wissen!

Wir von der AUNS sind und bleiben überzeugte Verfechter des beispiellos erfolgreichen Sonderfalls Schweiz. In diesem Sinne dürfen sich, ja müssen sich Bundesrat und Bundesversammlung auf unsere Entschlossenheit zur Mitgestaltung der Aussenpolitik weiterhin verlassen!

\* \* \*